Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Demografie am Mittwoch, den 07.03.2018, um 17:00 Uhr .

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Rolf Schulte	

Ausschussmitglieder

Armin Barg	Vertretung für U. Brand
Ingrid Bartholomäus	
Bernd Karl Bornewasser	Vertretung für M. Mahmood
Rolf Ebbinghaus	Vertretung für M. Schaub
Detlef Förster	
Hans Wilhelm Golombek	bis 19.20 Uhr
Renate Greif	bis 19.15 Uhr
Rosemarie Kötter	
Sabine Plasberg-Keidel	Vertretung für E. Huckenbeck
Udo Schäfer	Vertretung für T. Klaproth
Jörg Schürmann	Vertretung für R. Krauskopf
Dejan Vujinovic	

Bürgermeister

Johannes Mans

von der Verwaltung

Frank Nipken
Katja Oelschläger

Schriftführerin

Silke Henze

Gäste	Thomas Abraham	empirica AG
	Suse Düring-Hesse	Kommunales Integrationszentrum des Oberbergischen Kreises

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Ursula Brand
Erni Huckenbeck
Tim Klaproth
Rafael Krauskopf
Malik Nasir Mahmood
Manuel Schaub

Beratende Mitglieder

Klaus Haselhoff

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses am 08.03.2017	
2.	Regionale Wohnraumbedarfsanalyse für den Oberbergischen Kreis 2017	IV/0486/2018
3.	Integrationskonzept des Oberbergischen Kreises	IV/0487/2018
4.	Mehrgenerationen-Wohnen (Antrag der SPD-Fraktion folgt)	
5.	Mitteilungen und Fragen	

Herr Schulte eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zudem erkundigt er sich, ob zu einem der Tagesordnungspunkte Befangenheit eines Ausschussmitgliedes vorliegt. Dies ist nicht der Fall. Der Vorsitzende erklärt den Ausschussmitgliedern, dass der Antrag der SPD-Fraktion (hier Top 4) schon am 12.12.2017 dem Rat vorlag. Dieser verwies den Antrag jedoch in die Sitzung des Demografieausschusses.
Anschließend gibt er das Wort an Frau Stabolewski, Generalbevollmächtigte der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen. Diese berichtet kurz über die von der Sparkasse in Auftrag gegebene Wohnraumbedarfsanalyse und ihre Bedeutung.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses am 08.03.2017

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Regionale Wohnraumbedarfsanalyse für den Oberbergischen Kreis 2017 **IV/0486/2018**

Herr Abraham vom Gutachterbüro empirica AG Berlin-Bonn-Leipzig berichtet über die Studie „Regionale Wohnraumbedarfsanalyse für den Oberbergischen Kreis 2017“ mit einem Schwerpunkt auf den Teilraum Nord des Oberbergisches Kreises.

Dieser Vortrag kann in der Onlineversion dieser Niederschrift unter Anlage 1 eingesehen werden.
Die komplette Wohnraumbedarfsanalyse für den Oberbergischen Kreis finden Sie im Internet unter http://www.obk.de/cms200/pbu/demo/

Herr Förster spricht sich positiv über die Analyse aus. Jedoch ist er der Meinung, die Stadt sollte die Verkehrsanbindungen ausbauen, um so auch für Berufspendler interessanter zu werden.

Dem stimmt Herr Abraham zu.

Herr Ebbinghaus dankt Herrn Abraham für den Vortrag. Er betont, dass doch vieles von dem Berichteten schon vorher bekannt war. Auf ihn macht der Vortrag den Eindruck der Eindimensionalität. Zudem vertritt er den Standpunkt, dass das Wohnungsangebot nicht den Zuzug fördert. Den jungen Erwachsenen fehlt es seiner Meinung nach nicht an Wohnraum sondern an Arbeitsplätzen. Radevormwald leidet, so wie auch die anderen Städte des Kreises, unter dem Strukturwandel im Bergischen Land.

Herr Abraham bemerkt, dass es ein bundesweiter Prozess ist. Die jungen Erwachsenen wandern in die sogenannten Schwarmstädte wie z.B. München oder Köln aus. Auch betont er, dass Altbau oftmals nicht als attraktiv empfunden wird. Die meisten möchten doch eher einen Neubau beziehen.

Frau Kötter stellt klar, dass Radevormwald viele Neubaugebiete hat. Es wird auch immer wieder neues Bauland geschaffen. Ebenso gibt es in Radevormwald auch relativ viel Gewerbe, sodass auch Arbeitsplätze vorhanden sein müssten. Sie sieht die Problematik eher darin, dass die meisten z.B. Studenten in ihrer Universitätsstadt bleiben, da sie sich während des Studiums dort natürlich einen neuen Bekanntenkreis sowie auch Lebensraum geschaffen haben.

Herr Abraham bestätigt, auf Nachfrage von Herrn Barg, dass der Vortrag im Internet ausführlicher ist.

Herr Bornewasser stellt klar, das Radevormwald immer noch kein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept hat. Er hat zudem die Befürchtung, dass es der Verwaltung bei dem Neubaugebiet Karthausen nicht auf die Entwicklung der Stadt sondern nur auf den Profit ankommt. Dort sollen bis zu 400 Wohneinheiten geplant werden. Dieses ist für ihn der falsche Weg.

Herr Abraham stellt klar, dass ein Bebauungsplan flexibel bleiben sollte. Er vertritt den Standpunkt, Baugebiete in mehrere Bauabschnitte aufzuteilen. Die Planung eines Neubaugebietes ist seiner Meinung nach heute anders als noch vor 20 Jahren. Natürlich sollte es immer Einfamilienhäuser sowie auch Mehrfamilienhäuser geben. Ob diese dann als Mehrgenerations- oder Mehrfamilienhäuser genutzt werden, kann man durch einen Bebauungsplan nicht festlegen.

Frau Bartholomäus möchte wissen, ob Herr Abraham Städte kennt, die den Wegzug der Einwohner verhindern konnten.

Hierzu erklärt er, dass man das so nicht verallgemeinern kann. Die Funktionalität ist in jeder Stadt anders.

Frau Plasberg-Keidel findet die Planung des Neubaugebietes Karthausen gut. Dort soll es Einfamilien- sowie auch Mehrfamilienhäuser geben.

Herr Winterhagen merkt an, dass der Vortrag mehr der Stadtentwicklung und nicht dem Neubaugebiet Karthausen gegolten hat.
Seiner Meinung nach, war der Vortrag qualitativ mehr auf hochwertige Wohneinheiten ausgerichtet. Ältere Menschen haben jedoch oftmals nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung, sich so teure Wohnungen leisten zu können.

Herr Barg steht auf dem Standpunkt, dass die Innenstadt mehr belebt werden muss. Somit könnte man evtl. die jungen Erwachsenen in Rade halten.

Herr Schulte dankt Herrn Abraham für seinen Vortrag.

Die Sitzung wird von 18.20 Uhr bis 18.40 Uhr unterbrochen.

3. Integrationskonzept des Oberbergischen Kreises IV/0487/2018

Frau Düring-Hesse vom Kommunalen Integrationszentrum des Oberbergisches Kreises berichtet über das Integrationskonzept mit Blick auf die Möglichkeiten in Radevormwald.

Dieser Vortrag kann in der Onlineversion dieser Niederschrift unter Anlage 2 eingesehen werden.

Frau Düring-Hesse schließt sich der Meinung des Herrn Förster an, dass dieses ein Thema für den Sozial- oder auch den Schulausschuss wäre.

Herr Schulte dankt Frau Düring-Hesse für ihren Vortrag.

4. Mehrgenerationen-Wohnen (Antrag der SPD-Fraktion folgt)

Frau Kötter erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Winterhagen berichtet, dass er sich vor 2 Jahren sehr intensiv mit diesem Thema befasst hat. Er steht auf dem Standpunkt, dass Mehrgenerationen-Wohnen nicht funktioniert, wenn es „verordnet“ wird. Es gibt z.B. ein Projekt in Bonn, das nicht angenommen wird. Ein anderes Projekt, welches allerdings aus einem Verein entstanden ist, funktioniert sehr gut.

Herr Schulte bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es Möglichkeiten für eine Förderung des Mehrgenerationen-Wohnen gibt.

Herr Ebbinghaus ist auch der Ansicht, die Verwaltung sollte dem Ausschuss diesbezüglich Vorschläge unterbreiten. Zudem ist er der Meinung, dass die Verwaltung vor ein paar Jahren eine Liste angelegt hat, in der die Investoren aufgelistet sind, die Interesse an Mehrgenerationen-Wohnen haben.

Anmerkung der Verwaltung: *Nach Verwerfung der Planung Blumenstraße (Mehrgenerationen-Wohnen) wurde diese Liste nicht mehr fortgeführt.*

Anmerkung der Verwaltung: *Spricht man heute vom **"**Mehrgenerationen-Wohnen**",** ist die bewusste und freiwillige Entscheidung verschiedener Altersgruppen zum Zusammenleben mit Kontakt- und Hilfsangeboten unterschiedlichster Verbindlichkeit gemeint. Mehrgenerationenwohnen ist keine Wohnform, deren Realisierung die Verwaltung öffentlich-rechtlich vorschreiben kann. Der Festsetzungskatalog des § 9 BauGB - Inhalt des Bebauungsplanes - ist abschließend. Hier können zwar gem. § 9 Abs. 1 Nr. 8 BauGB Flächen festgesetzt werden, auf denen nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind. Aber auch diese Festsetzungsmöglichkeit eignet sich nicht für´s Mehrgenerationenwohnen. Der besondere Wohnbedarf ist gemäß der Kommentierung „durch bauliche Besonderheiten gekennzeichnet, den eine bestimmte Personengruppe notwendigerweise benötigt. In Betracht kommen z.B. der besondere Bedarf von behinderten Menschen, alten Menschen, Studenten und ihnen vergleichbare Gruppen.“*

5. Mitteilungen und Fragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Ende der Sitzung: 19.45 Uhr

Rolf Schulte
Vorsitzender

Silke Henze
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter